Nr. 78. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 15. Februar 1893.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co

Die zukünftige demokratische Regierung der Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Die republikanische Partei, welche nur noch wenige Wochen die Macht der Vereinigten Staaten in Händen hält und am 4. März durch eine demokratische Regierung ersetzt werden wird, scheint diese kurze Zeit noch benutzen zu wollen, um die Angelegenheiten der äußeren Politik im Voraus in einem Sinne zu erledigen, welcher mit den bisherigen Traditionen der großen amerikanischen Republik im grellen Widerspruch steht, — so daß ihr Nachfolger sich bei dem Regierungsantritt vollendeten Thatsachen gegenüber befindet, welche es ihm schwer machen werden, mit einer Politik, welche sich in Opposition mit seinen traditionellen Prinzipien befindet, zu brechen. Schon vor längerer Zeit ließ die gegen früher veränderte Haltung der Vereinigten Staaten bei den Handelsverträgen und ihr Versuch, gegenüber Europa eine gewaltige ökonomische Koalition zu bilden, die neue Richtung erkennen, deren Tendenzen jetzt auch auf die äußere Politik angewendet werden.

Wir denken bei diesen Ausführungen am allerwenigsten an die aus Washington kommende Nachricht, daß die Vereinigten Staaten mit Frankreich und Rußland eine Allianz gegen den europäischen Dreibund geschlossen hätten. Offen gestanden halten wir diese Nachricht für total erfunden; aber Herr Harrison hat schon so oft die alte Welt mit seinen Theorien, welche er entweder selbst in Praxis umsetzt, oder deren Verwirklichung wenigstens inspirirt, in stummes Erstaunen versetzt, daß man andererseits fast wieder geneigt ist, über die Nachricht etwas nachzudenken. Jedenfalls scheint es höchst unwahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten, welche bis jetzt so energisch jede europäische Intervention in amerikanischen Angelegenheiten zurückgewiesen hatten, den Fehler begehen sollten, sich in die Komplikationen der alten Welt hineinziehen zu lassen und in denselben eine Rolle spielen zu wollen. Sollte, was fast unglaublich, die republikanische Regierung der Vereinigten Staaten eine derartige Allianz wirklich abgeschlossen haben, so wird sich die demokratische Partei, wenn sie ihrerseits mit ihren Traditionen nicht bricht, — zum Mindesten moralisch — gezwungen sehen, die durch die republikanische Partei übernommenen Verpflichtungen zu desavouiren.

Mehr als diese angebliche Allianz, hatten wir bei unseren obigen Betrachtungen die Frage der Hawai-Inseln im Auge. Von Anfang hatte man allgemein den Eindruck, daß die revolutionäre Bewegung, welche in den Staaten der Königin Liliukalani ausgebrochen war, durchaus nicht spontaner Natur sei, und daß die in Honululu residirenden amerikanischen Bürger, sowie die amerikanische Regierung selbst der Angelegenheit gar nicht fern stehe. Dieser Eindruck fand seine baldige Bestätigung in der Nachricht, daß der amerikanische Konsul in Honululu sich sofort nach Ausbruch der Unruhen beeilte, das provisorische Protektorat der Vereinigten Staaten über den Hawai-Archipel zu proklamiren. Der Empfang der provisorischen Regierung von Honululu im weißen Hause zu Washington ist ein neuer Beweis für die geheimen Gelüste der amerikanischen Regierung nach den Hawai-Inseln. Im übrigen ist es sehr wahrscheinlich, daß das provisorische Protektorat nicht lange auf sich warten lassen wird, um sich in ein definitives umzuwandeln, und dies trotz des Protestes verschiedener europäischer Mächte. Deutschland und England haben in diesem reichen Archipel zahlreiche und theils gemeinsame Interessen. Sollten die Vereinigten Staaten vielleicht in Erwartung eines eventuellen Protestes dieser europäischen Mächte, welchem durch eine Seedemonstration der nöthige Nachdruck verliehen würde, den angeblichen Allianzvertrag mit Frankreich und Rußland, durch welchen die Vertheidigung der Küsten der nordamerikanischen Republik durch die französisch-russische Flotte gesichert wäre, unterzeichnet haben? Alles ist möglich. Aber die allerelementarste Klugheit empfiehlt die Reserve. Die Nachrichten des Telegraphs aus Washington sind noch zu unvollkommen, als daß man sich über die angebliche Allianz ein endgültiges Urtheil erlauben dürfte.

Es kann nicht geleugnet werden, daß, wenn den Vereinigten Staaten der Coup mit den Hawai-Inseln gelänge, dies ein bedeutender Erfolg für die annexionistische Politik der Republikaner sein würde, um so mehr, als dieselben vor kurzer Zeit in einem anderen Archipel, auf den Antillen, ebenfalls einen Erfolg davon getragen haben. Es war dies einer der größten Wünsche Blaine's, auf einer der Antillen festen Fuß zu fassen, und ohne an all' die durch die Vereinigten Staaten unter der Hand begünstigten Intriguen gegen die spanischen Besitzungen, insbesondere gegen Kuba zu erinnern, ist das Andenken an die amerikanischen Unternehmungen gegen die Insel San Domingo noch allgemein wach. Die Demokraten werden sich also bei ihrem Regierungsantritt gegenüber jedenfalls schon vollendeten Thatsachen befinden, welche sie in Befolgung ihrer Prinzipien eigentlich wieder annulliren müßten. Nur ist es zweifelhaft, ob diese Partei, einmal am Ruder, ihre bisherige Logik beibehalten und sich darauf versteifen wird, ihre Oppositions-Traditionen heilig zu halten. Bereits hat die hohe gesetzgebende Kammer des Staates von Newyork, welche in ihrer Mehrheit aus Demokraten besteht, diesen Traditionen den ersten Todesstoß mit der Annahme einer Resolution zu Gunsten eines Protektorats der Vereinigten Staaten über die Hawai-Inseln gegeben.

Deutschland.

Berlin, 15. Februar. Die kommissarische Berathung der Militärvorlage soll nun endlich aus dem Kreise mehr akademisch-politischer, militärischer und finanzieller Erörterungen auf die Entscheidung der praktischen Fragen, die sie selbst gestellt hat, hingelenkt werden. Vielleicht ist es nicht Zufall blos, wenn da im Abgeordnetenhause gewissermaßen als Vorspiel und Begleitung Debatten über die Schulfrage, angeregt von der Zentrumspartei, angekündigt werden, für die die Leitmotive ja bereits in den beweglichen Klagen der Abgeordneten v. Loë und Dauzenberg über die grausame Tyrannei des Schulzwangs gegeben sind; und wenn gleichzeitig am Horizonte das Vermächtniß Windthorsts, der Jesuitenantrag, auftaucht, dessen Vollstreckung bisher von der neuen Führerschaft zum Gegenstand krämerischer Schacher- und Opportunitätspolitik gemacht ist. Es liegen Zeichen vor, die es begreiflich erscheinen lassen, daß man in der Zentrumspartei den Wunsch hegt, die Aufmerksamkeit der Wählermassen von der Hauptfrage des Tages nach Möglichkeit abzulenken und Kundgebungen zu veranstalten, bei denen es noch einmal möglich ist, die ganze Partei, geschlossen wie eine Phalanx, aufmarschiren zu lassen. In der Militärfrage ist diese Einheit und Geschlossenheit nicht vorhanden. Die lauten Versicherungen der klerikalen Presse und der Versammlungsredner vermögen die Zweifel an ihrer Richtigkeit nicht zu ersticken. Es stimmt nicht mehr, in der Wählerschaft nicht und in der Partei nicht. Auf dem Feste des katholischen Volksvereins in Münster waren wohl die bürgerlichen Führer Schädler, Porsch, Lieber, nicht aber die „geborenen" Führer des westfälischen Ultramontanismus, die Freiherren v. Schorlemer-Alst und v. Landsberg-Steinfurt erschienen. Auffallender aber ist noch das Verschwinden des Freiherrn von Huene aus den Verhandlungen über die Militärvorlage. Noch in die erste Berathung dieser Gesetze griff er mit einer Rede ein, die nur so gedeutet werden konnte, daß er bereit sei, bei den weiteren Verhandlungen über die Vorlage die Rolle des Maklers zu spielen. Dann auf einmal hieß es, daß er, die gefeierte Autorität des Zentrums in allen Militärfragen, nicht in die Militärkommission eintreten werde, weil er ganz in Anspruch genommen sei durch seine Betheiligung an den Berathungen der preußischen Steuerkommission. Der ehemalige Chef der Zentrumspartei würde sich sicher nicht die Entscheidung über die wichtigste Frage, die jetzt vorliegt, aus der Hand haben nehmen lassen. Auch Herrn v. Huenes Verzicht scheint nur der Niederschlag der Verstimmung unter den Diadochen zu sein. Man sollte meinen, daß unter diesen Umständen der Weg zu einer Verständigung auch jetzt noch nicht verschlossen sein könnte: freilich würde zu ihr ein Entgegenkommen der Regierung die erste Voraussetzung sein.

— Dem Bundesrath ist der Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen vorgelegt worden. Derselbe bestimmt in seinen grundlegenden Paragraphen, daß, wer in seinem Geschäftsbetriebe zur Unterscheidung seiner Waaren von den Waaren Anderer eines Waarenzeichens sich bedienen will, dieses Zeichen zur Eintragung in die Zeichenrolle anmelden kann. § 2 lautet: Die Zeichenrolle wird bei dem Patentamt geführt. Die Anmeldung eines Waarenzeichens hat schriftlich bei dem Patentamt zu erfolgen. Jeder Anmeldung muß die Bezeichnung des Geschäftsbetriebes, in welchem das Zeichen verwendet werden soll, ein Verzeichniß der Waaren, für welche es bestimmt ist, sowie eine deutliche Darstellung und, soweit erforderlich, eine Beschreibung des Zeichens beigefügt sein. Das Patentamt erläßt Bestimmungen über die sonstigen Erfordernisse der Anmeldung. Für jedes Zeichen ist bei der Anmeldung eine Gebühr von dreißig Mark, bei jeder Erneuerung der Anmeldung eine Gebühr von zehn Mark zu entrichten. Führt die erste Anmeldung nicht zur Eintragung, so werden von der Gebühr zwanzig Mark erstattet. In § 3 heißt es: Die Zeichenrolle soll enthalten: 1. den Zeitpunkt des Eingangs der Anmeldung; 2. die nach § 2 Absatz 1 der Anmeldung beizufügenden Angaben; 3. Namen und Wohnort des Zeicheninhabers und seines etwaigen Vertreters, sowie Aenderungen in der Person, im Namen oder im Wohnorte des Inhabers oder des Vertreters; 4. den Zeitpunkt einer Erneuerung der Anmeldung; 5. den Zeitpunkt der Löschung des Zeichens. Die Einsicht der Zeichenrolle steht Jedermann frei. Jede Eintragung und jede Löschung wird amtlich bekannt gemacht. Das Patentamt veröffentlicht in regelmäßiger Wiederholung Uebersichten über die in der Zwischenzeit eingetragenen und gelöschten Zeichen. Die Eintragung in die Rolle ist, nach § 4, zu versagen für Freizeichen, sowie für Waarenzeichen, 1. welche ausschließlich in Zahlen, Buchstaben oder solchen Wörtern bestehen, die Angaben über Art, Zeit und Ort der Herstellung, über die Beschaffenheit, über die Bestimmung, über Preis-, Mengen- oder Gewichtsverhältnisse der Waare enthalten; 2. welche in- oder ausländische Staatswappen oder Wappen eines inländischen Ortes, eines inländischen Gemeinde- oder weiteren öffentlichen Verbandes enthalten; 3. welche Aergerniß erregende Darstellungen oder solche Angaben enthalten, die offenkundig den thatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen und die Gefahr einer Täuschung begründen. Zeichen, welche gelöscht sind, dürfen für die Waaren, für welche sie eingetragen waren, oder für gleichartige Waaren zu Gunsten eines anderen, als des letzten Inhabers erst nach Ablauf von zwei Jahren seit dem Tage der Löschung von Neuem eingetragen werden.

— Die Kommission für Arbeiterstatistik genehmigte in ihrer Schlußsitzung am 10. Februar die von ihrem Ausschuß vorgeschlagene Fassung der drei Fragebogen für das Mühlengewerbe.

Für die Vertheilung der Fragebogen beschloß die Kommission die Benutzung des Katasters der Müllerei-Berufsgenossenschaft, in welchem die vorhandenen Mühlenbetriebe nach Bezirken der unteren Verwaltungsbehörden und innerhalb derselben nach der Zeit der Anmeldung geordnet verzeichnet sind. Die Befragung von je 10 Prozent der in jedem eine Anzahl von unteren Verwaltungsbezirken umfassenden Katasterbande verzeichneten Wind-, Wasser- und Dampfmühlen wurde für ausreichend gehalten. Eine völlig unparteiische Auswahl der einzelnen Mühlen würde nach Ansicht der Kommission zweckmäßig durch einen Kommissar der Reichsregierung und einen Delegirten der Kommission in der Weise erfolgen können, daß innerhalb jedes Katasterbandes bis zur Erreichung einer Anzahl von 10 Prozent der betreffenden Mühlenart zunächst alle für die einzelnen unteren Verwaltungsbezirke an erster Stelle, dann die an zweiter Stelle und so fort aufgeführten Mühlen bei der Erhebung berücksichtigt würden.

Nach einstimmiger Ansicht der Kommission empfiehlt es sich, wie bei früheren Erhebungen so auch jetzt die Fragebogen für die eine Hälfte der Betriebe an die Arbeitgeber, für die andere Hälfte an je einen Arbeitnehmer auszugeben, und zwar nach der auf dem bezeichneten Wege gefundenen Reihenfolge abwechselnd in der einen Mühle den Arbeitgeber, in der anderen einen Arbeitnehmer zu befragen.

Ebenso war die Kommission darüber einig, daß es zweckmäßig sei, unvollständig oder mißverständlich ausgefüllte Fragebogen mittelst protokollarischer Vernehmung der betreffenden Auskunftspersonen durch die Behörden ergänzen zu lassen.

Zur Weiterführung der Untersuchung über die Arbeitszeit in Bäckereien empfahl die Kommission, durch protokollarische Vernehmung eines Theils der mittelst Fragebogens befragten Auskunftspersonen die Gründe für die verschiedene Gestaltung der ermittelten Arbeitszeiten zu erforschen, durch Befragung der Krankenkassen die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse unter den Bäckern aufzuklären und eine Reihe von Interessentenverbänden um gutachtliche Aeußerungen über die Arbeitszeit und die Möglichkeit ihrer Regelung zu ersuchen. Das auf diese Weise beschaffte Material beabsichtigt die Kommission zur Grundlage einer letzten Berathung über die Arbeitszeit in Bäckereien zu machen, bei welcher Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit berathender Stimme zugezogen und Auskunftspersonen vor der Kommission vernommen werden sollen.

— Eine am Montag zum Zwecke der Konstituirung eines Wahlvereins der Berliner Konservativen zusammengetretene Versammlung von Vertrauensmännern der hiesigen Bürgervereine beschloß, an den Reichstag die Bitte zu richten, der ihm behufs voller Ausnützung der deutschen Wehrkraft unterbreiteten Militärvorlage in allen wesentlichen Punkten die Zustimmung zu ertheilen und die Berliner Bürgervereine zur Unterstützung dieser Petition aufzufordern.

** Wie Nachrichten fabrizirt werden, kann man aus einer Mittheilung ersehen, welche gegenwärtig über den angeblichen Inhalt der in Aussicht stehenden Eisenbahnvorlage durch die Blätter geht. Es heißt darin, daß für die Sekundärbahnen die Forderungen geringer ausfallen werden, als im Vorjahre. Das ist möglich, namentlich wenn man in Betracht zieht, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 19. Januar v. J. erklärt hat, daß die in Rede stehende Vorlage voraussichtlich nicht den Umfang erreichen werde, den sie in den Vorjahren gehabt hat. Daß aber der Meldung keine amtliche Information, sondern lediglich private Kombination zu Grunde liegt, geht aus der ihr hinzugefügten weiteren Mittheilung hervor, daß der Bau von Tertiärbahnen zunächst eine Erweiterung nicht erfahren werde. Hieraus erhellt, daß der Verfasser der ganzen Meldung nicht blos keine Information über den Inhalt der Eisenbahnvorlage erhalten hat, sondern sich auch in größter Unkenntniß über unser Eisenbahnwesen befindet. Er würde, wenn er aufgefordert würde, die Stelle in einer Eisenbahn-Vorlage zu nennen, wo für den Bau von Tertiärbahnen Mittel ausgeworfen sind, in große Verlegenheit gerathen, davon zu schweigen, daß er nach der Fassung seiner Mittheilung anzunehmen scheint, der Staat hätte für eigene Rechnung bereits Tertiärbahnen gebaut. Und solchen Unsinn drucken ernsthafte Blätter nach! Die letzteren sollten doch bedenken, daß die Industrie, namentlich die Eisenindustrie, an der Gestaltung der Eisenbahnvorlage stark interessirt ist, daß in deren Kreisen also jede Mittheilung über diese Vorlage mit Spannung erwartet wird. Durch solche Kombinationen werden die industriellen Kreise doch lediglich irregeführt.

— Nachdem kürzlich die Stelle des deutschen Militärbevollmächtigten am russischen Hofe ihren Inhaber gewechselt hat, ist jetzt auch der bisherige Militärattachee in Petersburg, Major Graf York v. Wartenburg, von dem Posten, den er seit 1889 inne hatte, abberufen worden und durch den Hauptmann Lauenstein vom Generalstabe des 1. Armeekorps ersetzt worden. Dieser Offizier kam erst Ende 1890 in den Generalstab. Er gehörte ursprünglich der Feldartillerie an und stand längere Zeit beim 18. Feld-Artillerie-Regiment in Frankfurt a. O. Von 1887 bis 1889 besuchte er die Kriegsakademie, wurde im Herbst 1890 Hauptmann und kam kurz darauf in den Generalstab, wo er erst beim großen Generalstab Verwendung fand, um aber schon nach kurzer Zeit zum 1. Armeekorps nach Königsberg kommandirt zu werden.

— Als Nachfolger des Herrn v. Brandt auf dem deutschen Gesandtschaftsposten in China ist nach der „Köln. Ztg." der deutsche Gesandte in Persien, Legationsrath Frhr. Schenck zu Schweinsberg, in Aussicht genommen. Derselbe hat längere Zeit als Legationssekretär in China zugebracht. Er war Ministerresident in Chile und seit Juli 1886 als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Herrn v. Braunschweig deutscher Gesandter in Persien. Er ist ein geborener Hesse, etwa 50 Jahre alt und unvermählt.

— Der augenblickliche Stand der Handelsvertrags-Verhandlungen mit Rußland ist folgender: Am letzten Sonntag hat im Reichsamt des Innern eine Berathung von Vertretern aller betheiligten Ministerien und Reichsbehörden stattgefunden, welche sich über die an Rußland zu stellenden Forderungen und Anerbietungen schlüssig machte. Am Montag sind diese Grundsätze formulirt worden und werden nun ehestens der russischen Regierung mitgetheilt werden.

— Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Frhr. v. Soden, der sich zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit Anfang Januar nach Bombay eingeschifft hatte und inzwischen dort eingetroffen ist, wird, wie die „Voss. Ztg." erfährt, von Bombay überhaupt nicht mehr nach Ostafrika zurückkehren, sondern direkt nach Deutschland kommen. Seine Ankunft wird im Laufe des Monats Juni erwartet. Ob Frhr. v. Soden bereit sein wird, nachdem er als Gouverneur in Kamerun und Ostafrika thätig gewesen ist, sich später wieder für seine Verwendung im Kolonialdienst zur Verfügung zu stellen, ist zweifelhaft; jedenfalls ist eine Wiederverwendung des Herrn v. Soden in Kamerun oder Ostafrika ausgeschlossen. Auch in Regierungskreisen hat allmälig die Ansicht mehr und mehr Boden gewonnen, daß Frhr. v. Soden die Aufgaben, die ihm vor Allem in Deutsch-Ostafrika gestellt waren, in befriedigender Weise zu lösen nicht verstanden hat und daß es im Interesse der zukünftigen Entwickelung der Kolonie nothwendig ist, einen Wechsel in dem System der Verwaltung eintreten zu lassen. Den ersten Anfang hierzu hat Herr v. Schele damit gemacht, daß er selbst den gesammten Stationsgürtel bereist, um zu prüfen, ob dessen Anlage den Anforderungen vom militärischen und Verwaltungsstandpunkte aus entspricht. Herr von Soden ist im Gegensatz zu Herrn von Schele, der es, ehe er zu „verwalten" anfängt, als seine „erste Aufgabe betrachtet", sich ein selbstständiges Urtheil durch die Bereisung des Landes zu bilden, während seiner nahezu zweijährigen Thätigkeit in Ostafrika nie über die Küste hinausgekommen und hat sich lediglich darauf beschränkt, in Dar-es-Salaam, und zwar fast nur dort, in recht gewissenhafter Weise für die Bequemlichkeiten der höheren Beamten zu sorgen, eine Fürsorge, die viel Geld gekostet hat, ohne daß die eigentliche Kultivationsarbeit oder der Handel irgend welche Förderung dadurch erfahren hätten. Hoffentlich läßt es Herr v. Schele bei diesem ersten Anlauf nicht bewenden, sondern trägt auch in Zukunft allen den gerechten und billigen Anforderungen Rechnung, die an eine sparsame und weitsichtige Verwaltung gestellt werden dürfen.

Breslau, 14. Februar. Die „Breslauer Zeitung" theilt mit, daß ihr die Vorladung eines Zeugen in der Strafsache gegen Hertwig vorliege. Die Behauptung Hertwigs, daß ein Anderer für seine Spielschuld bürge, sei nach authentischer Information unwahr.

Kiel, 13. Februar. Die Petition der Kieler Stadtkollegien zu den Steuergesetzentwürfen findet in der Provinz fast überall Zustimmung. Die städtischen Vertretungen von Rendsburg, Lauenburg und Kellinghusen haben neuerdings wieder ihren Anschluß an die Kieler Petition erklärt, und es steht zu erwarten, daß die noch fehlenden Städte bald nachfolgen werden. Es ist nicht so sehr die materielle Benachtheiligung, welche die Städte dem flachen Lande gegenüber von der Steuerreform zu befürchten haben, sondern die Beschränkung der kommunalen Selbstverwaltung, welche die schleswig-holsteinischen Städte in Bewegung bringt. Die schwersten Bedenken richten sich gegen den Kommunalabgabenentwurf, aber gerade diese schwersten Bedenken sind von der Kommission des Abgeordnetenhauses so gut wie außer Acht gelassen. Es erscheint hier Konservativen wie Liberalen gleich unbegreiflich, daß man der Büreaukratie und der Schablone einen so großen Einfluß auf die städtische Finanzwirthschaft einräumen will, daß die dringendsten und unabweisbarsten Dinge, wie die Steuererhebung z. B. von den Ressortministern in Berlin abhängig werden. Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat zur Wahrung der städtischen Interessen so gut wie nichts gethan. Um so nothwendiger ist es, die Vertreter der Städte im Landtage an ihre Pflicht zu mahnen. Das, was in der Kieler Petition in rein sachlichem Interesse verlangt wird, kann von allen politischen Parteien unterstützt werden, wie sie denn auch von Männern der verschiedensten politischen Richtungen völlig einmüthig beschlossen worden. Es wäre zu wünschen, daß die schleswig-holsteinischen Abgeordneten sich ebenfalls zu einer sachlichen Prüfung vereinigten und wenigstens bei dem Kommunalsteuergesetze solche Verbesserungen versuchen, die einen entschiedenen Rückschritt auf dem Gebiete kommunaler Selbstverwaltung verhindern können.

Hamburg, 13. Februar. Als der Senat Hamburgs der Bürgerschaft im November v. J. das hamburgische Staatsbudget für 1893 zur Berathung und Beschlußfassung zugehen ließ, zeigte es einen Fehlbetrag von 4 278 886 Mark. Der Senat fügte damals hinzu, daß die Finanzdeputation ihm erklärt habe, behufs Deckung dieses Fehlbetrags sei eine Erhöhung der hamburgischen Steuern unvermeidlich. Es wurde deshalb damals eine gemeinschaftliche Senats- und Bürgerschafts-Kommission niedergesetzt, die über die Frage der Vermehrung der ordentlichen Staatseinnahmen des hamburgischen Freistaates berathen und berichten sollte. Der Bericht dieser Kommission steht noch aus. Inzwischen aber hat der von der Bürgerschaft zur Vorberathung des 1893er Budgets eingesetzte Ausschuß seinen Bericht jetzt erstattet und festgestellt, daß das Budget hinsichtlich seines Endergebnisses während der Berathung in Einnahme sowohl wie in Ausgabe wesentlich ungünstiger geworden ist. Durch den seither bekannt gewordenen Etat der Reichsverwaltung für das Etatsjahr 1893—1894 hat sich nämlich Hamburgs Antheil an dem Ertrage der Zölle um rund 500 000 Mark vermindert, während die Aufwendungen Hamburgs für diesen Titel um 699 000 Mark höher geworden sind. Für die Gehaltsregulirung der hamburgischen Volksschullehrer seien 400 000 Mark mehr einzustellen und neuerdings habe der Senat behufs Bekämpfung der Choleragefahr noch zu verrechnende 890 000 Mark eingestellt. Durch diese Mindereinnahmen und Mehrausgaben steigert sich somit der Fehlbetrag der hamburgischen Finanzverwaltung von 4 278 886 Mark auf 6 767 886 Mark. Ueber die Deckung dieser Summe ist, wie der bürgerschaftliche Budgetausschluß beantragt, erst zu beschließen, nachdem die eingesetzte Senats- und Bürgerschafts-Kommission über die Frage der Vermehrung der ordentlichen Staatseinnahmen Hamburgs berichtet haben wird.

Arolsen, 12. Februar. Aus den diesseitigen Fürstenthümern gingen 79 selbstständige Eingaben, mit mehr als 4000 Unterschriften bedeckt, gegen die Niederlassung der Jesuiten an den deutschen Reichstag ab.

Oesterreich-Ungarn.

Olmütz, 14. Februar. Der mit Spannung erwartete erste Hirtenbrief des neuen Erzbischofs Dr. Theodor Kohn ist soeben erschienen. Nachdem er die Verdienste seines Vorgängers gefeiert, geht der Fürsterzbischof zu seiner Wahl über, die ihm eine große und schwere Aufgabe auferlege, die Aufgabe, ein unerschrockener Verkünder der Heilslehre und ein guter Hirte seiner Heerde und treuer Wächter des heiligen Glaubens zu sein. Er wolle sich durchaus nicht durch die nicht selten auftauchenden krankhaften Zeitfragen beirren lassen, er wolle seiner Heerde auch in treuer Anhänglichkeit an des Kaisers erhabene Person vorangehen, er werde die Lehre des Kreuzes verkündigen, die man nicht blos mit dem Munde bekennen, sondern auch in Gesinnung und Werken offenbaren muß. Des Weiteren besagt der Hirtenbrief: „Insbesondere, theuere Diözesanen, liebet Euch untereinander nicht mit leeren Worten, sondern in der That, meidet jedweden Hader, Eifersucht, Zorn und Zwietracht, übt milden christlich barmherzigen Sinn und seid verträglich und duldsam mit Allen." Politische Bemerkungen fehlen gänzlich, auch über die Schulfrage findet sich kein Wort.

Brüx, 14. Februar. Gegenwärtig streiken im hiesigen Kohlenrevier dreitausend Arbeiter. Es werden Unruhen befürchtet, weil die Streikenden versuchen, die Uebrigen vom Einfahren abzuhalten.

Belgien.

Brüssel, 13. Februar. Ein Major des Brüsseler Guiden-Regiments, des Leibregiments des Königs, unterhielt, obwohl verheirathet, ein Liebesverhältniß mit einer jungen Wittwe, fand aber in einem jungen Metallindustriellen einen Nebenbuhler; er ohrfeigte den letzteren; es kam zu einem Zweikampfe, in welchem der Major den Kaufmann niederschoß. Dieser Zweikampf, der noch ein gerichtliches Nachspiel haben wird, kam auch in der Deputirtenkammer zur Sprache und der Rechtenführer Woeste gab seiner Entrüstung über den ganzen Vorgang und das Vorgehen des „an dieser schmutzigen galanten Affaire" betheiligten Offiziers Ausdruck. Vor wenigen Tagen fand im Cercle Noble ein Ballfest statt; der Oberst des Guiden-Regiments, Baron Wykersloot, schritt auf den Deputirten Woeste zu, nahm die ihm gereichte Hand des Deputirten nicht an, stellte ihn vielmehr wegen seiner Haltung in der Kammer zur Rede und machte ihm bittere Vorwürfe darüber, daß er in öffentlicher Kammersitzung einen Offizier seines Regiments angegriffen habe. Der Deputirte erwiderte, er habe nach Pflicht und Gewissen gehandelt, er werde in allen ähnlichen Fällen in gleicher Weise vorgehen. Dieses Auftreten des Obersten rief in der Presse eine leidenschaftliche Erörterung hervor. Der Kriegsminister hat jetzt an den Regimentsobersten einen Brief gerichtet, worin er ihm sein Mißfallen über sein Benehmen ausspricht. „Es steht, so schreibt der Minister, keinem Militär zu, mag auch sein Beweggrund, dem er gehorcht, sein, welcher es wolle, von einem Mitgliede der gesetzgebenden Körperschaften Rechenschaft über die Würdigungen zu verlangen, die es im Sitzungssaale des Parlaments kund thut." Der Minister fordert zum Schlusse den Obersten auf „nicht mehr von diesem Grundsatze abzuweichen, der zu jeder Zeit der Armee als Richtschnur ihres Benehmens dienen muß." Das Vorgehen des Kriegsministers findet allseitige Billigung.

Frankreich.

Paris, 14. Februar. Charles Lesseps ist gestern Abend mit seiner Gemahlin in Begleitung zweier Polizisten zu seinem Vater nach Chesnay abgedampft. Die Polizei hatte die Stunde der Abreise geheim gehalten. Lesseps bleibt den ganzen Tag in Chesnay und kehrt heute Nacht zurück.

Italien.

Unmittelbar, nachdem die Absicht der italienischen Regierung bekannt geworden war, auf dem Wege der Gesetzgebung der standesamtlichen Trauhandlung den zeitlichen Vorrang vor der kirchlichen zu sichern, kündigte die vatikanische Presse eine Protestkundgebung des Papstes an. Allgemein wurde erwartet, Leo XIII. werde seine Verwahrung in der Ansprache an das Januarkonsistorium vorbringen, und es erregte einige Verwunderung, daß er diese Gelegenheit ungenützt ließ. Nunmehr erfährt man, warum dies geschehen. Der Papst hat die Form einer Ansprache im Konsistorium als nicht genügend feierlich befunden und beabsichtigt, seinen Protest in das Gewand einer Encyklika an die italienischen Bischöfe zu kleiden. Für Italien selbst ist es ziemlich gleichgültig, welche Form der Pontifex für seine Verwahrung wählt; sie wird, ob mehr oder minder feierlich gefaßt, ohne Wirkung auf die Entschließungen der Volksvertretung bleiben, die genau weiß, daß der Gesetzvorschlag des Ministeriums Giolitti keine Herabsetzung des Werthes der kirchlichen Trauhandlung bezweckt, sondern lediglich die Verhütung des Mißstandes, daß Ehen von dem Priester geschlossen werden, die, wenn sie nicht auch die standesamtliche Bestätigung erhalten, dem bürgerlichen Gesetze gegenüber nicht zu Recht bestehen und von dessen Gesichtspunkt aus bloße Konkubinate sind. Es giebt gegenwärtig Tausende von gemeinsamen Haushaltsverhältnissen in Italien, die bloß kirchlich eingesegnet sind, also Tausende von Frauen und noch weit mehr Kinder, deren bürgerliches Dasein in der Luft hängt, die keinen gesetzlichen Anspruch auf Namen und Hinterlassenschaft des Familienhauptes haben, wenn dieses stirbt oder sie einfach verläßt. Diese zu schützen ist der Hauptzweck der Vorlage, deren sozialpolitische Bedeutung man auch im Vatikan nicht verkennen kann und auch nicht verleugnen sollte. Aber die feierliche Form, die der Papst für seinen Protest gewählt hat, ist wohl auch gar nicht hauptsächlich auf Italien berechnet, sie soll ihre Wirkung wahrscheinlich ganz anderswo üben, in Wien und Pest. Noch ist die Frage der Zivilehe in Ungarn nicht so weit vorgeschritten, daß der Vatikan eine unmittelbare Gelegenheit hätte, mit einem Protest hervorzutreten. Die Encyklika an die italienischen Bischöfe wird jedoch Anlaß genug bieten, die Einrichtung der Zivilehe überhaupt abfällig zu erörtern und so auf einem kleinen Umwege die ultramontanen Umtriebe in Oesterreich-Ungarn gegen die Zivilehe zu fördern. An verständnißinniger Ausbeutung der päpstlichen Kundgebung wird man es in den Kreisen der Wiener und Pester Reaktionäre nicht fehlen lassen.

Rom, 14. Februar. Die angebliche Verbindung Crispis mit Nicotera und Rudini zur Bekämpfung Giolittis ist bloße Einbildung. Crispi erklärt noch heute bei jeder Gelegenheit, daß Rudini ihn am 31. Januar 1891 nur durch Verrath und Hinterlist gestürzt habe, was er ihm niemals verzeihen werde. Während die Blätter der Rechten sich geneigt zeigen, aus Haß gegen das Kabinet die neue transformistische Koalition einzugehen, sagt „Riforma", es giebt Lagen, welche sich nicht erneuern lassen; das Vertrauen ist nicht erzwingbar, es kehrt nicht wieder, wenn es so schnöde getäuscht ist". Bonghi hat durch seinen Aufsatz „Fürstenpflicht" in der „Nuova Antologia" und noch mehr durch seine bittere Kritik der italienischen Verhältnisse im Pariser „Matin" großen Anstoß erregt. Er wurde gestern deshalb nicht zum Hofball eingeladen, und man behauptet, daß disziplinarische Maßregeln gegen ihn bevorstehen. Bereits wurde auf Beschluß des Ministerraths dem Staatsrathe, dessen Mitglied Bonghi ist, ein darauf hinzielender Antrag unterbreitet. Doch soll der Staatsrath unter Hinweis auf die Preßfreiheit abgelehnt haben. Die „Riforma" benutzt auch diesen Vorgang, um das Kabinet heftig zu tadeln. Wie erzählt wird, hat der König geäußert, „ich würde Herrn Bonghi alle Unehrerbietigkeiten gegen meine Person verzeihen, nicht verzeihen kann ich ihm, daß er in

einem ausländischen Blatte sein Vaterland bloßgestellt".

Rom, 14. Februar. (W. T. B.) Nach einer Blättermeldung hätte das Ministerium vor dem Staatsgerichtshof Anklage gegen Bonghi wegen der Artikel im „Matin" und der „Nuova Antologia" über „Königspflichten" erhoben.

○ **Rom**, 13. Februar. Das schon seit längerer Zeit angekündigte Meeting der Industriellen und Kaufleute Roms fand in vergangener Nacht im großen Saale Perolese statt. Das Meeting war von etwa 500 Personen, fast lauter Interessenten, besucht, von den bekannteren Abgeordneten waren Antonelli, Bazilai und Ostini anwesend. Der Präsident der Assoziation der Industriellen und Kaufleute erklärte, daß die Versammlung mit der Absicht einberufen worden sei, von der Regierung über die jüngsten Bankskandale volles Licht, und für die Stadt Rom in Ansehung der außergewöhnlichen Lage, in welche dieselbe durch die letzten Vorkommnisse versetzt wurde, außerordentliche Maßregeln zu verlangen. Eine lebhafte Debatte entspann sich im Anschluß an die Worte des Präsidenten, die meisten Redner führten eine höchst erregte Sprache. Allgemein wies man auf die großen Schädigungen hin, welche das gesammte römische Geschäftsleben durch die Skandale erfahren hatte, und mehr als einmal wurde der Regierung der schwere Vorwurf gemacht, die nöthigen Maßregeln zur Verhinderung dieser Schädigung nicht ergriffen zu haben. Gegen den gesammten Vorstand und das Bureau der Handelskammer von Rom wurde ein Mißtrauensvotum einstimmig angenommen. Ein bekannter Großkaufmann Roms, Priaglo, verlangte, daß dieses Mißtrauensvotum auf alle diejenigen Männer ausgedehnt werden sollte, welche die Geschicke Italiens leiteten. Er fügte hinzu, daß seit 4 Jahren die ganze italienische Geschäftswelt unter Entbehrungen aller Arten arbeiten müßte, während andererseits den Gesellschaften Tiberina, X. Vandieria und Esquilino von der Regierung 70 Millionen ohne irgend einen greifbaren Vortheil für Handel und Industrie bewilligt worden seien. Redner erachtet es als notorische Thatsache, daß alle Finanzinstitute ohne Ausnahme im gegenwärtigen Skandal kompromittirt seien, bei einer Liquidation der Banken müßten überhaupt alle Banken liquidirt werden. Als der Redner auf die Kritik des Parlaments überging, das in unfruchtbaren Debatten seine Zeit verliere, ertönten von allen Seiten her die Rufe: „Nieder mit dem Parlament!" Ein Redner machte den Vorschlag, vor die Häuser der Deputirten Prazelli und Simonetti, welche zur Versammlung eingeladen, aber nicht gekommen waren, zu ziehen, und denselben die Fenster einzuwerfen. In diesem Augenblicke wurde die Versammlung durch den anwesenden Polizeibeamten aufgelöst. Nur mit großer Mühe gelang es der anwesenden Polizeimacht, welche, als die Versammlung eine immer stürmischere Haltung annahm, herbeigerufen worden war, den Saal ohne ernste Vorkommnisse zu leeren.

Ueber die Haltung Crispi's in der Bankaffaire haben bereits verschiedene Blätter seit einigen Tagen Andeutungen gemacht, welche an der ernsten Absicht Crispi's zweifelten. Heute tritt in politischen Kreisen das nämliche Gerücht mit großer Bestimmtheit auf. Die parlamentarische Enquete, so sagt man, habe, wie sie Crispi verlange, keinen anderen Zweck, als die Wahrheit zu verhüllen. Crispi's Absicht soll dahin gehen, daß nur fünf Deputirte mit der Enquete betraut würden; ohne daß nun irgend jemand daran denken könnte, die Ehrenhaftigkeit der übergroßen Majorität der italienischen Deputirten anzuzweifeln, so glaubt man dennoch, daß es sehr schwierig sein würde, fünf Deputirte zu finden, welche die Erfahrung und außerdem die nöthigen Kenntnisse hätten, um sich ihrer Aufgabe mit Erfolg zu entledigen, und welche andererseits das unbedingte Vertrauen aller Parteien des Parlaments wie auch des Landes genießen würden.

Die „Patria" sagt, daß unter den bei Pellucci beschlagnahmten Papieren ein Billet vom Juli 1891 vorgefunden wurde, welches die Unterschrift eines bekannten Politikers trägt. Dieser letztere zeigt auf dem Billet den Empfang eines Cheks von 10 000 Franks an, der bei einer der letzten Haussuchungen in der römischen Bank beschlagnahmt worden war. Die „Patria" droht mit Veröffentlichung des Namens, wenn die Gerichtsbehörde nicht selbst ihre Pflicht thun wolle.

Schweiz.

Bern, 14. Februar. Der Bundesrath wird dem Vernehmen nach beschließen, daß vom 1. März an für alle eingeführten Waaren, welche je nach ihrer Herkunft verschiedenen Zollsätzen unterliegen, also für alle Kategorien, deren Tarifirung durch die Handelsverträge oder die Frankreich gegenüber zur Anwendung kommenden Differenzialtarife eine Veränderung erlitten hat, Ursprungs-Zeugnisse beigebracht werden müssen, wenn sie nicht sämmtlich dem Frankreich gegenüber angewendeten Maximaltarif unterworfen werden sollen. Nur die unter Zollverschluß durch Frankreich transitirenden Waaren sollen unter Vorbehalt des Gegenrechts davon ausgenommen sein.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 15. Februar. Der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, Wirklicher Geh. Rath George von Köller, begeht am 17. Februar d. J. seinen siebzigsten Geburtstag. Die Abgeordneten-Laufbahn des Jubilars begann 1866, in welchem Jahre er zum Vertreter des pommerschen Wahlkreises Greifenberg-Kammin gewählt wurde, desselben Kreises, dem er als Landrath vorstand, so lange er die Beamten-Laufbahn verfolgte. Und Pommern auch ist ja bekanntlich die Heimath des am 17. Februar 1823 zu Jasenitz bei Stettin Geborenen, wie auch sein Familienbesitz das Rittergut Kantreck bei Gollnow in Pommern liegt. Als Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses behauptet sich Herr von Köller nun schon seit dem 28. Oktober 1879, an welchem Tage er gegen Herrn von Bennigsen mit 54 Stimmenmehrheit siegte. Seine glückliche Ehe mit Marie von Wurmb hat nur einen herben Schlag erfahren; einer seiner Söhne, welcher bereits Regierungs-Assessor war, verlor vor etwa zwei Jahren durch einen Unfall — irren wir nicht, bei einer Eisenbahn-Katastrophe — sein Leben.

* Als im vorigen Jahre das Mitglied des Gemeindekirchenraths von St. Jakobi, Herr Karl Gerber, durch eine zweite großmüthige Schenkung von 51 000 Mark es der Gemeinde ermöglichte, die Wiederherstellung des Kirchthurms endlich in Angriff nehmen zu können, begnügten sich die Gemeindeorgane nicht damit, dem Geschenkgeber zunächst durch eine Abordnung ihren Dank auszusprechen, sondern beschlossen zugleich, diesen noch besonders in einer künstlerisch herzustellenden Urkunde niederzulegen. Dieselbe ist nunmehr vollendet und wurde heute Mittag durch eine Abordnung, bestehend aus 4 Mitgliedern des Gemeindekirchenraths und 5 Mitgliedern der Gemeindevertretung unter Führung des Herrn Pastor prim. Pauli Herrn Gerber in seiner Wohnung feierlich überreicht. Die Urkunde lautet:

„Hochverehrter Herr!

Mehr als zwei Jahrhunderte sind vergangen, seit die altehrwürdige Hauptpfarrkirche unserer Stadt in Schutt und Asche sank. Mit Mühe stellte man das Gotteshaus wieder her, aber noch heute steht der einst hochragende Thurm, der wie ein Finger nach oben weisend, die Herzen der Menschen aus dem irdischen Getriebe zu Gottes Ewigkeit emporleiten sollte, als Stumpf und Ruine da. Auch die bei dem siebenhundertjährigen Jubiläum der Kirche neu erwachte Regung zum Wiederaufbau des Thurmes erwies sich als unzureichend für die große Aufgabe. Da entstand unserem Gotteshause in Ihnen, hochverehrter Herr, ein Freund ohne Gleichen, der in frommem Sinne mit mehr als königlicher Freigiebigkeit durch eine edelmüthige Schenkung dafür gesorgt hat, daß das Sehnen zweier Jahrhunderte befriedigt und das Werk endlich zum Ziele geführt werden kann.

Möge nunmehr durch des Allmächtigen Gnade Ihnen beschieden sein, die Erfüllung Ihres lange gehegten Herzenswunsches zu erleben, noch mit eigenen Augen zu schauen, wie weithin über die Lande in voller Mächtigkeit sich der Thurm von Neuem erhebt: „Gott zur Ehr und der Kirche wie der Stadt zur Zier. Auch ferne Geschlechter werden sich seiner freuen und dessen, der so Großes geschaffen, in Dankbarkeit gedenken.

Wir aber, die berufenen Vertreter dieser Kirche, hielten es für unsere Pflicht, den Dank, den die Gemeinde, den die ganze Stadt Ihnen schuldet, in feierlicher und bleibender Form auszusprechen und haben des zu Urkund diese Schrift vollzogen und ausgestellt. Gott schütze Sie!

Stettin, 29. Juni 1892.

Der Kirchenrath und die Gemeindevertretung von St. Jakobi."

An die Verlesung der Dankadresse knüpfte Herr Pastor Pauli erhebende Worte warmen Dankes, froher Hoffnung auf das Gelingen des Werks und frommer Wünsche für den edelmüthigen Geber selbst. Der Gefeierte dankte in Worten, die des tiefen Eindrucks auf die Versammelten nicht verfehlten. Schlicht und schmucklos, seinem Wesen getreu, nahm er für sich nur ein bescheidenes Verdienst in Anspruch. Den Antrieb zu dem, was ihm vergönnt gewesen zu thun, habe er schon in früher Jugend im elterlichen Hause, in dem Vorbild, in der Sinnesart von Vater und Mutter empfangen. Er habe die ihm heute wiederfahrene Ehrung nicht gesucht; gerade darum erfülle ihn diese Kundgebung seiner Mitbürger mit hoher Freude und stimme auch sein Gemüth heute zur Dankbarkeit gegen die Vorsehung und Diejenigen, die ihm diesen festlichen Tag bereitet. — An den Akt der Ueberreichung schloß sich ein Gabelfrühstück, das der Gastgeber mit erlesener Gastlichkeit für seinen Besuch hatte herrichten lassen.

Die von der St. Jakobigemeinde gewidmete Adresse ist von der bewährten Künstlerhand des Herrn Malers und Gymnasialzeichenlehrers Geyer hierselbst ausgeführt. Das erste Blatt enthält den Text in gothischer, reich mit farbigen Initialen verzierter Schrift, zur Linken eingefaßt von einer breiten Randleiste, die im oberen Theil in schönem Rankenwerk eine symbolische Gestalt der Pietas, im unteren das Stettiner Stadtwappen, im Mittelfelde in leichter farbiger Tönung den Kirchthurm von St. Jakobi in seiner künftigen Vollendung zeigt. Ein zweites Blatt enthält die eigenhändigen Unterschriften sämmtlicher Mitglieder des Gemeindekirchenraths und der Gemeindevertretung, im Ganzen 52 an der Zahl. — Die schwere prächtige Einbandsdecke, ein Meisterstück stilvoller Buchbindekunst, ist von dem Buchbindermeister Warnemünde hierselbst hergestellt, der auch an dieser Arbeit sein oft bewährtes künstlerisches Gestaltungstalent von Neuem zur Geltung gebracht hat. Die Decke ist in marineblauem Leder gebunden, auf der Rückseite mit bronzenen Nuppen versehen; in die tief ausgestanzte Vorderseite sind vier Eckstücke von erdbeerfarbigem Leder mit reicher Goldpressung eingelassen. Der Mittelraum trägt medaillonförmig das große aus Silber geschnittene Monogramm des Empfängers. Die Innendecke ist mit rehbrauner Seide gefüttert; starke seidene Schnüre in den Stettiner Stadtfarben mit Quasten sind zur Befestigung der beiden Gedenkblätter verwandt.

* Heute fand hierselbst die Versteigerung zweier, auf früherem Festungsgebiet belegener Baustellen statt, nämlich der Parzellen 6 und 7 an der Ecke der Friedrich-Karl- und Preußischen-Straße. Meistbietender für dieselben blieb Herr Buchdruckereibesitzer S. Salomon mit 49,60 Mk. bezw. 45,40 Mk. pro Quadratmeter.

* Am 11. d. M., Vormittags, wurde einem Handelsmann aus Massow in der Altdammer-Straße ein Faß Butter im Werthe von 38 Mark vom Wagen gestohlen. Der Dieb hat den Plan des Wagens während der Fahrt durchschnitten. — Ein Taschendieb entwendete vorgestern auf dem Fischmarkt am Bollwerk einer Frau den Trauring, den dieselbe in der Manteltasche trug. Der Ring trägt innen den Namen Thoms, die Buchstaben B. S. und die Jahreszahl 1890.

* Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,40 Mark, Filet 1,70 Mark, Vorderfleisch 1,30 Mark; Schweinefleisch: Kotelettes 1,60 Mark, Schinken 1,40 Mark, Bauch 1,30 Mark; Kalbfleisch: Kotelettes 1,60 Mark, Keule 1,50 Mark, Vorderviertel 1,30 Mark; Hammelfleisch: Kotelettes 1,50 Mark, Keule 1,40 Mark, Vorderfleisch 1,20 Mark; geräucherter Speck 1,80 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10 bis 20 Pfennige billiger.

— In den Verfügungen vom 3. Februar und 18. Oktober 1892 zur Ausführung des Einkommensteuergesetzes sind die Grundsätze angegeben, nach welchen die Abzüge für die Abnutzung von Gebäuden nach Maßgabe ihrer wahrscheinlichen Nutzungsdauer zu bemessen sind. Bei der Schwierigkeit, den Abnutzungssatz für jedes einzelne Gebäude zutreffend zu bestimmen, ist namentlich in städtischen Veranlagungsbezirken das praktische Bedürfniß hervorgetreten, für gewisse Kategorien von Gebäuden, unter Voraussetzung der gleichen durchschnittlichen Nutzungsdauer, allgemeine Normen für die regelmäßige Höhe der Abnutzungsquote aufzustellen. Von diesem Gesichtspunkte aus sind in einzelnen Bezirken als angemessene Normalsätze zugelassen worden:

für massive Wohngebäude in gutem baulichen Zustande ¼ vom Hundert,
für andere Wohngebäude je nach der baulichen Beschaffenheit bis zu ½ vom Hundert des Bauwerths.

Der Finanzminister hat hiervon den Vorsitzenden der Einkommensteuer-Berufungskommissionen zur entsprechenden Verwerthung mit dem Bemerken Kenntniß gegeben, daß es kein Bedenken findet, Abzüge für Abnutzung der Wohngebäude in der angegebenen Höhe unbeanstandet zuzulassen, insoweit nicht die Besonderheit des einzelnen Falles eine Ausnahme erforderlich macht.

— Wir wollen nicht unterlassen, auch an dieser Stelle auf den Vortrag hinzuweisen, welchen am Freitag in der deutschen Kolonial-Gesellschaft — Abtheilung Stettin — Herr Lieutenant von Heydebreck im rothen Saale des Konzerthauses hält. Derselbe wird über Deutsch-Ostafrika, insbesondere seine Erlebnisse bei der Expedition Zelewski, sprechen.

— Die diesjährige Saison der Zentralhallen erreicht bereits Sonntag, den 19. d. M., ihr Ende; am Tage vorher findet die Vorstellung zum Benefiz der allgemein beliebten Solotänzerin Fräulein Adeline Genée statt. Die anmuthige Tänzerin wird an diesem Tage einige neue Tänze zur Aufführung bringen und da auch das übrige Programm auf das sorgsamste gewählt ist, dürfte ein Besuch der Vorstellung wohl zu empfehlen sein.

— Das gestrige Extra-Konzert der Königs-Regiments-Kapelle hatte trotz des zu einem Gange nach dem Konzerthause wenig verlockenden Wetters wieder eine zahlreiche Zuhörerschaft gefunden, gewiß der beste Beweis dafür, daß die Bestrebungen des Herrn Kapellmeisters Offeney, in seinen Konzerten Gutes zu bieten, von den Musikfreunden unserer Stadt die verdiente Beachtung finden. Auch das gestrige Programm bot des Interessanten viel. Mit dem originellen Rakoczy-Marsch von Liszt eröffnet, wies dasselbe in geschmallvoller Auswahl Tonschöpfungen auf von Cherubini, Mendelssohn, Svendsen, Lassen, Wagner u. A., die durchweg mit sehr anerkennenswerther Präzision ausgeführt und mit reichem Applaus entgegen genommen wurden. Solistisch wirkte außer dem Herrn Konzertmeister Lindner, der „Berceuse" von Renard in glänzender Weise zu Gehör brachte, Fräulein Marie Stövesand (Klavier) mit. Die junge Dame, welche das Capriccio brillant (H-moll) mit Orchesterbegleitung recht gewandt ausführte, spendete später noch das Nocturne Fis-dur von Chopin und „la polka de la reine" von Raff, womit sie einen solchen Erfolg erzielte, daß sie noch eine Einlage machen mußte.

* Das anhaltende Thauwetter, welches in den Straßen unserer Stadt den Schnee zum größten Theil hat verschwinden lassen, ist in den entlegeneren Stadttheilen recht unliebsam empfunden worden. Sehr schlimm ist aber die Zabelsdorferstraße weggekommen. Dort strömte, von den Bergen kommend, das Wasser zusammen, überschwemmte zunächst die Keller und drang in die Wohnungen ein. Die um 3 Uhr Nachts allarmirte Feuerwehr konnte zunächst der Wassergefahr nicht entgegentreten. Als jedoch das Wasser mehr und mehr in die Wohnungen stieg und Menschenleben gefährdete, wurde um 7 Uhr die Dampfspritze zu Hülfe gerufen, die alsbald das Auspumpen der überschwemmten Räume übernahm. Die Arbeit erwies sich als eine äußerst schwierige, weshalb zwei Stunden später auch die gesammte Wache ausrückte, um bei den Rettungsarbeiten zu helfen, welche bis Mittag noch nicht beendet waren.

Aus den Provinzen.

Pasewalk, 14. Februar. Am Sonntag Abend verunglückte ein Kürassier vom hiesigen Regiment auf dem Nachhausewege zur Kaserne. Um den Weg abzuschneiden, ging er mit noch zwei Kameraden vom Teggeschen Lokal über den Acker nach dem Seitenthorweg des Kasernements. Beim Ersteigen der dortigen ziemlich hohen Böschung kam der Kürassier nun so unglücklich zu Fall, daß er sich eine Gehirnerschütterung zuzog, an deren Folge er gestern Mittag verstorben ist.

Warnemünde, 14. Februar. Vorgestern bereits versuchte der Postdampfer „König Christian" die Verbindung zwischen hier und Gjedser wieder herzustellen und gelangte auch bis in die Nähe des dortigen Leuchtthurms. Weiter vorzudringen war des schweren Eises wegen nicht möglich. Der „König Christian" kehrte mit stark beschädigten Schaufelrädern nach hier zurück. Heute ging der Greifswalder Bergungsdampfer „Rügen" bei starkem Schneefall und Nebel nach Gjedser ab, um die dortige Eissperre zu beseitigen.

Kunst und Literatur.

Daß auch Sudermanns „Heimath" dem Zensur-Verbot verfallen könnte, wer hätte es gedacht! Dem weisen Stadtrath von Krefeld blieb es vorbehalten, das Stück als „unmoralisch" zu erkennen und die Aufführung im dortigen Stadttheater zu verbieten.

Versicherungswesen.

„Germania", Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Stettin. Diese Gesellschaft erfreute sich auch im Jahre 1892 eines starken Zugangs an neuen Versicherungen. Nach den vorläufigen Zusammenstellungen wurden neu beantragt 13 522 Versicherungen über 51 702 727 Mark Kapital und 217 077 Mark Jahresrente. Die Neu-Aufnahmen bezifferten sich auf 10 773 Personen über 39 552 043 Mark Kapital und 215 941 Mark Rente. Nach Abzug aller Löschungen durch Tod, Auszahlung bei Lebzeiten der Versicherten, Rückkauf und Ablauf blieben Ende 1892 versichert 163 197 Personen über 460 052 043 Mark Kapital und 1 606 096 Mark Jahresrente gegen 160 963 Personen über 440 253 433 Mark Versicherungskapital und 1 469 022 Mark Jahresrente Ende 1891. Seit dem Bestehen der „Germania" (1857) wurden für fällig gewordene Versicherungsbeträge 126.0 Millionen Mark ausgezahlt und seit 1871 den mit Gewinnantheil Versicherten 23 529 159 Mark als Dividende überwiesen. Von dem Gesammtvermögen der Gesellschaft, das Ende 1891: 137 358 162 Mk. betrug, entfallen 124 319 876 Mark auf die Prämienreserve und die sonstigen Sicherheitsfonds der „Germania" und 8 087 910 Mark auf die Dividenden-Reserve der mit Gewinnantheil Versicherten. Diese erhalten die erste Dividende bei Zahlung der 3. Jahresprämie, die zweite Dividende bei Zahlung der 4. Jahresprämie u. s. f. und beziehen nicht nur den vollen Gewinn aus ihren eigenen Versicherungen, sondern sind statutenmäßig auch Theilhaber an dem Reingewinne aus allen übrigen Geschäftszweigen der Gesellschaft. — Die nach Dividendenplan B Versicherten der „Germania" erhielten bisher eine mit jedem Jahre um 3 Prozent der vollen Jahresprämie steigende Dividende — im Jahre 1892 bis zu 36 Prozent der vollen Jahresprämie, während denselben 1893 bis zu 39 Prozent der vollen Jahresprämie als Dividende zufließen. Die „Germania" hat für diese Abtheilung einen besonderen Dividenden-Reservefonds gebildet, der dazu dient, den nach Plan B Versicherten auch für die Zukunft eine gleichmäßig steigende Dividende zu gewährleisten und Ende 1891 sich bereits auf 6 316 123 Mark belief.

Vermischte Nachrichten.

— In der vorigen Woche fand an der Berliner Universität eine bemerkenswerthe Promotion statt. Der betreffende Doktorand, Max Meyer, wurde im Jahre 1865 zu Berlin blind geboren und besuchte, nachdem ihm der erste Unterricht von einem Blindenlehrer ertheilt worden war, das hiesige Sophien-Realgymnasium. Er wurde stets als bester Schüler versetzt und bestand mit Auszeichnung das Abiturienten-Examen, wobei ihm die schriftliche Prüfung erlassen wurde. Darauf studirte er mehrere Jahre hindurch auf der hiesigen Universität Mathematik, Physik und Philosophie. Durch seinen rastlosen Fleiß und seltene Thatkraft verfaßte er nach beendetem Studium eine Dissertation aus dem Gebiete der Differentialgleichungen, die, wie einer der Opponenten, der Privatdozent Dr. Schlesinger, bemerkte, eine dankenswerthe Bereicherung der mathematischen Wissenschaft bildet. Der Dekan der philosophischen Fakultät, Prof. Hirschfeld, beglückwünschte nach der üblichen Vertheidigung der Thesen den jungen Doktor, „der mit Ueberwindung so großer Schwierigkeiten diese akademische Würde erlangt habe".

— Die deutsche Turnerschaft hat von dem nordamerikanischen Turnerbund eine äußerst herzliche Einladung zu dessen sechsundzwanzigstem Turnerfest erhalten, welches vom 21. bis 26. Juli d. J. in Milwaukee im Staate Wisconsin stattfindet. Die Einladung schließt mit den Worten: „Es ist Euch Allen bekannt, daß die große Weltausstellung zu derselben Zeit in Chicago stattfindet und so kann Euer Besuch unseres Festes mit dem der Weltausstellung verbunden und doppelt genußreich gestaltet werden. Darum, werthe Turner, auf nach Chicago und Milwaukee! Beweist durch Eure Gegenwart, daß das Motto: „Mens sana in corpore sano" für alle Nationen dieselbe wichtige Bedeutung hat.

Schweidnitz, 14. Februar. (W. T. B.) Die Kunstmöbelfabrik von Langer u. Co., Aktiengesellschaft, ist von einer Feuersbrunst heimgesucht, die im Trockenhause ausbrach und sich mit großer Schnelligkeit über alle Arbeitsräume verbreitete. Der entstandene Schaden ist sehr bedeutend, gegen 100 Arbeiter sind beschäftigungslos.

Newyork, 15. Februar. (Hirschs T. B.) Während eines Taufgelages in St. Louis kam es unter den berauschten Gästen zu einem mörderischen Kampfe mit Messern und Revolvern. Sechs Personen, unter denen sich auch der Vater des Täuflings befindet, wurden getödtet, 16 Menschen schwer verletzt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 15. Februar. Wetter: Leicht bewölkt. Temperatur + 5 Grad Reaumur. Barometer 763 Millimeter. Wind: W.

Weizen still, per 1000 Kilogramm loko 145,00—152,00 bez., per Februar —,—, per April-Mai 154,25 bez., per Mai-Juni 156,00 B., 155,50 G., per Juni-Juli 157,50 B., 157,00 G.

Roggen unverändert, per 1000 Kilogramm loko 126,00—130,00 bez., per Februar —,—, per April-Mai 134,50 bez., per Mai-Juni 135,50 B. u. G., per Juni-Juli 137,00 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm loko pomm. 135—140, Märker 135—145.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 133—138.

Rüböl niedriger, per 100 Kilogramm loko ohne Faß bei Kleinigkeiten, flüssiges 51,00 B., per April-Mai 52,25 B., per September-Oktober 52,25 B.

Spiritus fester, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 31,6 G., per Februar 70er 31 nom., per April-Mai 70er 31,8 nom., per August-September 70er 32,8 nom.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen —,—, Roggen —,—, 70er Spiritus 31.

Angemeldet: Nichts.

Landmarkt.

Weizen 148—150. Roggen 128—130. Gerste 130—136. Hafer 140—146. Rübsen —,—. Heu 2,50—3,00. Stroh 25—28. Kartoffeln 36—38.

Berlin, 15. Februar. Weizen per April-Mai 154,75 bis 155,00 Mark, per Mai-Juni 156,25 Mark, per Juni-Juli 157,50 Mark.

Roggen per April-Mai 138,00 bis 137,75 Mark, per Mai-Juni 138,50 Mark, per Juni-Juli 139,50 Mark.

Rüböl per April-Mai 52,30 Mark, per September-Oktober 52,00 Mark.

Spiritus loko 70er 33,30 Mark, per Februar 70er 32,10 Mark, per April-Mai 70er 32,80 Mark, per August-September 70er 34,50 Mark.

Hafer per April-Mai 144,00 Mark.

Petroleum per Februar 19,70 Mark.

Berlin, 15. Februar. Schluß-Kourse.

reuß. Consols 4%	107,80
do. do. 3½%	101,20
Deutsche Reichsanl. 3%	87,70
Pomm. Pfandbriefe 3½%	99,25
Italienische Rente	93,20
do. 3% Eisenb.-Oblig.	58,30
Ungar. Goldrente	97,75
Rumän. 1881er amort. Rente	98,50
Serbische 5% Rente	80,80
Griechische 5% Goldrente	58,90
Ruff. Boden-Credit 4½%	101,25
do. do. von 1880	98,30
Mexikan. 6% Goldrente	83,90
Oesterr. Banknoten	168,85
Ruff. Banknoten Cassa	214,50
do. do. Ultimo	214,75
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	105,70
do. (110) 4%	102,00
do. (100) 4%	101,25
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	103,00
Stett. Vulc.-Act. Littr. B.	111,50
Stett. Vulc.-Prioritäten	132,90
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg Stamm-Akt. à 1000 M.	50,00
do. 6% Prioritäten	69,0
Petersburg kurz	213,25
London kurz	—,—
London lang	—,—

Amsterdam kurz	—,—
Paris kurz	—,—
Belgien kurz	—,—
Bredower Cement-Fabrik	87,25
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	80,50
Stett. Chamotte-Fabrik Didier	200,00
„Union", Fabrik chem. Produkte	132,00
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	103,[illegible]0
Anatol. 5% gar. Esb.-Pr.-Obl.	92,10
Ultimo-Kourse:	
Disconto-Commandit	[illegible]
Berliner Handels-Gesellsch.	145,40
Oesterr. Credit	177,40
Dynamite Trust	136,75
Bochumer Gußstahlfabrik	127,25
Laurahütte	97,60
Harpener	132,50
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	117,50
Dortm. Union St.-Pr. 6%	59,75
Ostpreuß. Südbahn	75,60
Marienburg-Mlawka-bahn	65,40
Mainzerbahn	116,25
Norddeutscher Lloyd	110,00
Lombarden	45,75
Franzosen	—,—

Tendenz: schwach.

Hamburg, 14. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 84,50, per Mai 82,75, per September 82,75, per Dezember 81,75. — Behauptet.

Hamburg, 14. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per Februar 14,27½, per März 14,25, per Mai 14,40, per September 14,32½. Lustlos.

Bremen, 14. Februar. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Schwach. Loko 5,35 B. Baumwolle weichend.

Wien, 14. Februar. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 7,65 G., 7,67 B., per Herbst 7,79 G., 7,81 B. Roggen per Frühjahr 6,66 G., 6,68 B., per Mai-Juni —,— G., —,— B. Mais per Mai-Juni 5,05 G., —,— B. Hafer per Frühjahr 5,91 G., —,— B.

Amsterdam, 14. Februar. Bancazinn 55,50.

Amsterdam, 14. Februar. Java-Kaffee good ordinary 55,00.

Amsterdam, 14. Februar. Nachmittags. Weizen März 177, Mai 179. Roggen März 131, Mai —,—.

Havre, 14. Februar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Februar 105,00, per März 104,75, per Mai 103,50. Behauptet.

London, 14. Februar. 96 prozent. Javazucker loko 16,25 fest. Rübenrohzucker loko 14,25 träge. Centrifugalzucker —.

London, 14. Februar. An der Küste 8 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Regen.

London, 14. Februar. Chili-Kupfer $45^{3}/_{16}$, per drei Monat $45^{11}/_{16}$.

Hull, 14. Februar. Getreidemarkt. Weizen ruhig, schwächer. — Wetter: Milder.

Liverpool, 14. Februar. Getreidemarkt. Weizen ½ d., Mais 1½ d. niedriger, Mehl ruhig. — Wetter: Schön.

Glasgow, 14. Februar, Nachm. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 47 Sh. 6 d. Käufer, 48 Sh. 6 d. Verkäufer.

Glasgow, 14. Februar. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 4414 Tons gegen 7127 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Newyork, 14. Februar. Wechsel auf London 4,86¾. Petroleum in Newyork 5,30, in Philadelphia 5,25, rohes (Marke Parkers) 5,35. Pipe line certificates per März — D. 56½ C. Mehl 2 D. 90 C. Rother Winter-Weizen loko — D. 81⅛ C. Rother Weizen per Februar — D. 79⅛ C., per März — D. 79⅝ C., per Mai — D. 81⅞ C., Getreidefracht 1,75. Mais per Februar 52,50. Zucker $3^{1}/_{16}$. Schmalz loko 12,95. Kaffee Rio Nr. 7 18⅛. Kaffee per März ord. Rio Nr. 7 17,40. Kaffee per Mai ord. Rio Nr. 7 16,90. Weizen Anfangs-Kours per Mai 81⅝.

Chicago, 14. Februar. Schmalz per Februar 12,45, per Mai 12,50.

Paris, 14. Februar, Nachmittags. Schluß-Kourse.) Fest.

		Kours v. 12.
3% amortisirb. Rente	98,70	98,55
3% Rente	98,30	98,22½
Italienische 5% Rente	92,37½	92,20
4% ungar. Goldrente	96,75	96,50
III. Orient	69,95	69,85
4% Russen de 1889	98,50	98,50
4% unifiz. Egypter	100,30	100,00
4% Spanier äußere Anleihe	61⅜	61,25
Convert. Türken	22,32½	22,30
Türkische Loose	95,00	94,10
4% privil. Türk.-Obligationen	452,00	450,00
Franzosen	618,75	643,75
Lombarden	223,75	222,50
Banque ottomane	589,00	589,00
„ de Paris	628,00	628,00
„ d'escompte	142,00	140,00
Credit foncier	998,00	995,00
„ mobilier	127,00	127,00
Meridional-Aktien	627,00	621,00
Rio Tinto-Aktien	386,80	386,25
Suezkanal-Aktien	2657,00	2657,00
Credit Lyonnais	779,00	768,00
B. de France	—,—	—,—
Tabacs Ottom.	375,00	374,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122⅝	$122^{9}/_{16}$
Wechsel auf London kurz	25,14	25,13½
Cheque auf London	25,15½	25,15
Wechsel Amsterdam k.	206,56	206,50
„ Wien k.	205,62	205,62
„ Madrid k.	424,00	424,00
Comptoir d'Escompte, neue	—,—	497,00
Robinson-Aktien	—,—	89,30
Portugiesen	20,25	20,68
3% Russen	79,05	79,05
Privatdiskont	2	2

Schiffsnachrichten.

Triest, 14. Februar. (Hirsch's T. B.) Nachträglich verlautet, daß der Schiffbruch des Dampfers „Trinakria" der Anchor-Linie deshalb erfolgte, weil wegen des starken Nebels die Signale des Leuchtthurms Biliano verkannt wurden. Der Kapitän Murray und 25 Matrosen ertranken, sieben sind schwer verwundet. Das Schiff sammt Ladung ist vollständig verloren.

Telegraphische Depeschen.

Travemünde, 15. Februar. Im Auftrage der Lübecker Handelskammer werden heute 100 Fischer mit Eisbrechern versuchen, die Eissperre zu beseitigen. Das Eis ist theilweise 1½ Meter stark.

Pest, 15. Februar. Wie der „Nemzet" meldet, ist die durch die russischen Blätter verbreitete Nachricht, daß der von Montenegro nach Bosnien übersiedelte Woiwode, Nascha Wrbiza, aus Bosnien ausgewiesen worden wäre, vollständig aus der Luft gegriffen.

Lemberg, 15. Februar. Nach Warschauer Meldungen herrscht in diesem Jahre im Chersoner Gouvernement noch größere Hungersnoth, als im vorigen Jahre. Der Gouverneur erhielt vom Rettungsverein 100 000 Rubel zur unverzüglichen Einleitung einer Hülfsaktion. Um dem Hungertode zu entgehen, haben die Bauern des Gouvernements das sämmtliche Vieh geschlachtet. Die Bevölkerung ist vollständig verarmt.

Paris, 15. Februar. Charles Lesseps brachte den gestrigen Tag bei seinem Vater auf dem Schlosse Chesnay zu. Heute früh wurde derselbe wieder in die Conciergerie gebracht.

Florenz, 15. Februar. Prinz Ferdinand von Bulgarien hat anläßlich seiner Verlobung etwa 100 Glückwunsch-Depeschen erhalten. Der Prinz reist morgen direkt nach Wien. Aus Sofia wird hierher gemeldet, in ganz Bulgarien herrsche große Freude über die Verlobung des Prinzen.

London, 15. Februar. Nach einer Meldung der „Times" aus Kalkutta sind dort aus Kabul Nachrichten eingegangen, denen zufolge der Emir von Afghanistan sehr leidend und nicht im Stande wäre, sich mit Staatsangelegenheiten zu beschäftigen.

Lord Salisbury gedenkt, auf eine Einladung seitens der irischen Konservativen hin, um die Osterzeit die Provinz Ulster zu besuchen.

Sofia, 15. Februar. Die Hochzeit des Fürsten Ferdinand findet [illegible] des Monats Mai statt.